

AfD-Fraktionspost

Ausgabe Frühjahr 2024

HALBZEITBILANZ VON ROT-ROT

PLEITEN PANNEN PLANLOSIGKEIT

Gesinnungspolizei gegen Schülerin

Was eine mutige Schülerin an einem Gymnasium in Ribnitz-Damgarten erlebte.

45 Jahre gearbeitet und trotzdem arm

AfD-Fraktion im politischen Einsatz gegen steigende Altersarmut.

Klassische Familie als „Mief der 50er Jahre“

Rot-Rot betreibt Politik gegen die Familien im Land.



FRAKTION IM LANDTAG
**MECKLENBURG-
VORPOMMERN**



Halbzeitbilanz Rot-rote Landesregierung: Pleiten, Pannen, Planlosigkeit

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

Halbzeit im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Halbzeit der rot-roten Landesregierung und auch eine Halbierung der Zustimmungswerte der SPD in MV. Die Regierungsbilanz der Landesregierung ist fatal. Wirtschaft am Boden, explodierende Kriminalität und eine fortsetzende Masseneinwanderung auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Außer linken Ideologieprojekten und Vetternwirtschaft, nichts gewesen. Wir können attestieren, so bürger- und realitätsfern war die Politik in diesem Land schon lange nicht mehr gewesen.

Wir wollen uns aber an dieser Stelle nicht weiter mit den dunkelroten Schattenseiten der Landespolitik befassen, sondern hoffnungsvoll den Blick in Richtung Zukunft wenden. Denn das ganze Land wacht auf und wir als AfD-Fraktion kämpfen jeden Tag für eine politische Wende in diesem Land und für unsere Bürger in MV.

Wir konnten in ganz Mecklenburg-Vorpommern unsere Präsenz massiv erhöhen. Jede Woche finden Stammtische und Bürgerdialoge statt. Unsere Infostände gehören mittlerweile zum gewohnten Bild auf Marktplätzen und öffentlichen Räumen. Der Zulauf ist enorm und immer mehr Bürger nehmen unsere Angebote an. Egal, ob hochkarätige Diskussionsveranstaltung oder einfach mal auf einen Schnack an unserem Imbisswagen. Wir sind nah am Bürger und hören zu. Eine Eigenschaft, welche die Altparteien in ihrem Elfenbeinturm schon lange verlernt haben.

Der rot-roten wirtschaftsfeindlichen Politik wird durch die AfD-Fraktion Fachexpertise und gesunder Menschenverstand entgegengesetzt. Wir erarbeiten strategische Konzepte, die nur auf ihre Umsetzung warten. Es gelingt uns, im Plenum mit realitätsnahen Anträgen die Landesregierung vorzuführen. Der ruinösen Klima- und Transformationspolitik wird durch die AfD-Fraktion mit Argumenten begegnet. Doch dabei alleine bleibt es nicht, wir stehen mit an vorderster Front, wenn es um den weiteren Ausbau der Windenergie und damit einhergehende Zerstörung unserer Umwelt geht oder auch bei Protesten gegen das unsägliche LNG-Terminal auf Rügen.

Während der Corona-Pandemie haben wir ambulante Pflegedienste begleitet und ihre Sorgen und Anliegen öffentlich gemacht. Exemplarisch sei hier der Pflegedienst Bettina Stern genannt, mit dem wir Aufklärungsvideos für die Öffentlichkeit erstellt haben. Die Neueröffnung des neuen medizintechnischen Bereichs der Unikli-

nik Rostock war ein wichtiger Meilenstein, den unser gesundheitspolitischer Sprecher Thomas de Jesus Fernandes mit Zuversicht begleitet hat. Zu dem Zeitpunkt war noch nicht klar, dass wir wegen fehlender Reformen heute vor einem Klinikexodus stehen würden. Gerade Unikliniken haben in der Medizin eine herausragende Rolle einzunehmen. Nicht zuletzt sind sie wichtige Ausbildungszentren in diesem Land. Wir stehen für ihren Erhalt!

Im Bereich Inneres stehen ich und die AfD-Fraktion für Aufklärung und Gegenöffentlichkeit. Mit unserer Forderung nach der Einführung von Tasern für die Polizei hätten bereits einige dramatische Fälle in MV vermieden werden können. Wir lassen den Innenminister nicht in Ruhe. Nur durch uns sind Informationen erst in die Öffentlichkeit gelangt, welche die Landesregierung am liebsten unter den Teppich gekehrt hätte. Unser migrationspolitischer Sprecher Jan-Philip Tadsen konnte das ganze Ausmaß der Gewalt in der Erstaufnahmerichtung in Stern-Buchholz so öffentlich machen. Wir bringen das Innenministerium damit immer wieder in Erklärungsnot. Oder ganz aktuell der Fall um die Schülerin in Ribnitz-Damgarten – mit unserer Aufklärung und Initiativen im Bildungsausschuss und Plenum haben wir die Nation über die Landesgrenzen hinweg zum Beben gebracht.

Ohne uns als einzige Opposition wäre Aufklärung oft gar nicht möglich. Nicht umsonst sind wir Spitzenreiter bei der Anzahl kleiner Anfragen oder auch bei den Änderungsanträgen zum Landeshaushalt. Unser haushaltspolitischer Sprecher Martin Schmidt hat gezeigt: wirtschaftlicher Aufschwung wäre möglich, ohne immer neue Schulden zu machen. Unser Haushaltsplan ist solide und nah an der Realität. Er bedeutet das Aus für die Finanzierung linker Ideologieprojekte und den Anfang eines wirtschaftlichen Aufschwungs in MV.

Auch wenn unsere Anträge von den Altparteien aus rein ideologischen Gründen noch abgelehnt werden. Mit einer starken AfD in der kommenden Legislatur, können wir diese endlich umsetzen. Unsere Vision ist klar: gute Bildung, deutsche Familien, ein lebenswertes MV, lohnende Arbeit, Heimat und Natur im Herzen.

Unser bildungspolitischer Sprecher Enrico Schult lässt dabei nicht locker. Nicht nur in den Schulen vor Ort, auch wenn es um die Einhaltung des Beutelsbacher Konsens geht. Wir wollen neutrale Schulen, ohne politische Indoktrination!

Egal ob Tierschutz mit Jens-Holger Schneider, der über Kleine Anfragen nicht nur einen Fall spezifischer Tierquälerei aufdecken konnte und für eine moderne Grundlagenforschung ohne Tierversuche plädiert, oder Paul Timm, der wie kein anderer Abgeordneter die lokalen Binnenfischer in MV unterstützt. Petra Federau, im Kampf gegen das LNG-Terminal auf Rügen und einem Plädoyer für die Rückkehr zur Atomkraft oder unserem landwirtschaftlichen Sprecher Jens Schulze-Wiehenbrauk, selbst Landwirt, der unsere Bauern wie kein anderer kennt.

Neue Fachkräfte? Machen wir selbst! Michael Meister, arbeitspolitischer Sprecher, mit eigenen Konzepten, wie die kostenlose Meisterausbildung. Und während die anderen nur Fachfremd reden, weiß unser Abgeordneter Thore Stein genau, wie nachhaltige

Waldwirtschaft funktioniert und wie wir unser Jagdgesetz in MV reformieren können. Während die Grünen immer wieder von einer Verkehrswende fabulieren, aber nicht imstande sind, überhaupt die nötige Infrastruktur zu schaffen, ist unser verkehrspolitischer Sprecher Stephan Reuken, Advokat für unsere Pendler und kämpft für einen Ausbau der Infrastruktur, vor allem im ländlichen Raum.

Wir haben juristische Erfolge gegen die Landesregierung vor Gericht erstritten, denn echte juristische Erfolge gibt es nur mit unserem ehemaligen Richter Horst Förster! Des Weiteren Vetternwirtschaft aufgedeckt, Aufklärung betrieben, Bürger vor Ort unterstützt und unsere Präsenz massiv erhöht. Wir bleiben ehrlich, wir bleiben Bürgerpartei, wir bleiben eure AfD!

45 Jahre gearbeitet und trotzdem arm

Michael Meister - Arbeitsmarktpolitischer Sprecher



„Die Rente ist sicher“ - kaum ein politischer Satz hat sich als Garant für ein starkes, weltweit anerkanntes und geachtetes sozial-marktwirtschaftliches Deutschland so in die Köpfe der Deutschen eingebrannt wie dieser. Der damalige Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm (CDU) sprach diese Worte erstmals 1986 aus.

Fast 40 Jahre später sind viele Rentner, die 45 Jahre am Stück gearbeitet und immer brav in die Rentenkasse eingezahlt haben, auf dem Boden der Armutsrealität gelandet. Das Problem der deutschen Rente ist bekanntlich der demografische Wandel. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Rentner aufkommen.

Nun muss man sich fragen, was die Altparteien von Linken, SPD, Grünen, FDP und CDU in den letzten 40 Jahren getan haben, um den demografischen Wandel aufzuhalten. Alle hatten bis heute genug Zeit, sich für eine familienfreundlichere Politik einzusetzen. Alle hatten oder haben die politische Macht in ihren Händen, passiert ist nichts.

Wie sieht es nun konkret in Mecklenburg-Vorpommern nach 30 Jahren SPD-Regierungsverantwortung aus? Bei uns leben über 88.000 Rentnerinnen und Rentner unter der Armutsgefährdungs-

schwelle von 1.250 Euro. Männer erhalten bei uns nach 45 Arbeitsjahren durchschnittlich 1310 € Rente, Frauen sogar nur 1152 €. Zum Vergleich: Bürgergeldempfänger, egal ob mit deutschem Pass oder erst vor kurzem in unser Sozialsystem eingewandert, erhalten im Durchschnitt 1054 €.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), plant derzeit ein neues Rentenpaket. 200 Milliarden Euro Schulden soll der deutsche Steuerzahler bis 2036 machen, damit dieses Geld spekulativ am Aktienmarkt angelegt werden kann. Gleichzeitig sollen die Rentenbeiträge von derzeit 18,6% auf 22,3% steigen.

Es ist an der Zeit, dass die Politik endlich handelt und echte Lösungen für die Rentenkrise liefert, statt die Lasten weiter auf die nächsten Generationen abzuwälzen. Es darf nicht sein, dass Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, im Alter in Armut leben müssen.

AfD wirkt:

Gemeinsam mit einer mutigen Schülerin und ihren blauen Schlümpfen

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Uns war seit langem klar, dass an vielen Schulen ideologisiert und indoktriniert wird und dass der Beutelsbacher Konsens oft aufgekündigt ist. Unterricht und Erziehung werden für Propagandazwecke missbraucht, linke und woke Vereine der sogenannten Zivilgesellschaft bestimmen Veranstaltungen im schulischen Ganztagsprogramm.

Wer linke Inhalte platzieren will, kommt durch; das heißt dann „Schule für Courage – Schulen gegen Rassismus“ und sowieso „Schule für Demokratie“. Aber mit Demokratie und Meinungsvielfalt hat das dann nicht mehr viel zu tun, es ist der Kampf gegen Andersdenkende. Denn obwohl heutzutage permanent Toleranz, Vielfalt und Diskurs beschworen werden, stehen viele Schulen mittlerweile für politische Eingleichung, festgelegte Inhalte und das Verhindern produktiver und interessanter Diskussionen.

Was nicht links ist, wird sogleich als rechts stigmatisiert. Gegen ein Denken, das von der Linken bis zur CDU reicht, kritisierten wir seit Jahren eine fatale politische Fehlentwicklung.

Nun bringt ein signifikanter Fall ans Licht, was schon jahrzehntelang Programm war. Vermutlich hätte er nicht für diese Aufmerksamkeit gesorgt, würde er nicht in einer unfreiwillig bitterkomischen Überzeichnung deutlich: Der Schulleiter des Richard-Wossidlo-Gymnasiums ruft wegen einer E-Mail die Polizei. Eine sechzehnjährige Schülerin meint, es ginge um ihr witziges TikTok-Video, das blaue Schlümpfe in Verbindung zu einer dank steigender Umfragewerte blauen Deutschlandkarte bringt. Zudem teilte die Zehntklässlerin den Satz, Deutschland sei für sie nicht nur ein Ort, sondern Heimat. Heimat! Der Direktor reagierte jedoch auf eine anonyme E-Mail, die nicht das besagte Schlumpf Video zum Inhalt hat, dafür jedoch andere Posts des Mädchens, die allerdings „weit ab von der Grenze des Strafbaren sind“, wie selbst Innenminister Pegel einräumen musste. Trotzdem holen seine Beamten das Mädchen aus dem

laufenden Unterricht und eskortieren sie ins Lehrerzimmer, wo ihr gesagt wurde, dass sie künftig aufpassen sollte, was sie so poste.

Der Schulleiter sagt, er müsse so handeln, er habe Anweisung vom Bildungsministerium. Die konsternierte Mutter des Mädchens wendet sich daraufhin an unsere Fraktion.

Wir verlangen Bericht zum nächsten Bildungsausschuss und befragen im laufenden März-Plenum des Landtages Innenminister Christian Pegel. Der findet das Vorgehen der Polizei völlig angemessen, es wären ja nicht mal Handschellen zum Einsatz gekommen.

Was für ein Zynismus der Landesregierung! Auf einen von uns daraufhin eingebrachten Dringlichkeitsantrag hin wird wieder blockiert. Weil der SPD - Abgeordnete da Cunha selbst offenbar immer noch nicht verstanden hat, wer in Ribnitz-Damgarten Opfer und wer Täter war, wirft er uns – stereotyp wie immer – „Täter-Opfer-Umkehr“ vor. Dringlichkeit bestünde doch überhaupt nicht, zumal der Innenminister ja vorbildlich Stellung genommen hätte.

Mittlerweile geht der Fall durch die Medien. Dass blaue Schlümpfe und das Wort Heimat eine polizeistaatliche Aktion auslösen, wie das Mädchen vermutete, weil man ihr ihr „Vergehen“ gar nicht erläuterte, lässt sich kaum eine Zeitung, kaum ein Sender entgehen.

Für die Gegenseite – Täter-Opfer-Umkehr? – wird der Schulleiter als Opfer entdeckt. Es gäbe Hassmails und böse Anrufe, Schuld wäre die infame AfD, weil sie Öffentlichkeit hergestellt hat. Die öffentliche Diskussion ist aber dringend nötig, um weitere politische Indoktrinierung der Schulen und Schüler zu verhindern. Es bleibt zu hoffen, dass das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist und das unverhältnismäßige Handeln von Schulleiter und Polizei gerichtlich überprüft wird. Dies ist uns Eltern nur zu wünschen.



Ihr Steuergeld ist nicht die verlängerte Parteienfinanzierung von Rot-Rot

Martin Schmidt - Finanzpolitischer Sprecher

Hier läuft einiges schief und das schon lange. Statt gezielt in Zukunftsthemen und Megatrends wie die Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung zu setzen, wird in grüne Träume und Eigennutz investiert. Wussten Sie, dass die Landesregierung in etwa 130 Millionen Euro Zuschüsse für eine Handvoll Unternehmen ausgeben wird, die im Bereich Wasserstoff tätig sind?

Ohne Konzept erträumt man hier eine goldene Zukunft. Auf der anderen Seite sind in etwa 140 Millionen Euro fällig für kleine Unternehmen, die während der Corona-Pandemie Hilfen beantragten. Ohne Gnade wird nun eingetrieben, obwohl die Regierung mit Auflagen, Hygienevorschriften und Grund-

rechtseinschränkungen erst unnötige Schäden schaffte. Statt pauschal den Kommunen Infrastrukturpauschalen zu erhöhen, wird in kleinteilige Programme gespalten. Egal ob Strategiefonds, Vorpommernfonds oder nun der „Bürgerfonds“ – Geld gibt es anscheinend nur, wenn die Vereinskinder oder Gemeindevertreter für den Fototermin zum Klatschen kommen. Wir wollen diese Geschenketöpfe und reziproken Austauschverhältnisse verringern! Ihr Steuergeld ist nicht der verlängerte Arm von Regierungsparteien.

Die AfD wird weiterhin dafür kämpfen, dass investive Mittel in kommunale Infrastruktur oder in die Förderung von echter Zukunftstechnik wie Robotik und KI gesetzt werden.



Das ungerechte Schicksal einer Rentnerin in Stern Buchholz

Jan-Phillip Tadsen - Migrationspolitischer Sprecher

Als Ute Dühring am Morgen des 17. Oktober 2023 zu einem Termin nach Schwerin fahren will, entdeckt die Rentnerin (69) tiefe Schrammen und Beulen in ihrem mühsam ersparten Kleinwagen. Abgestellt war das Auto ordnungsgemäß auf dem Parkplatz vor ihrer Wohnung in Stern Buchholz. Wie zur Beschädigung kam, ist abenteuerlich!

er überhaupt noch in Deutschland ist, denn Informationen bekommt sie kaum. Heißt: Die Geschädigte bleibt selbst auf den Kosten sitzen! Zwar hat sie eine Vollkasko-Versicherung, muss aber 300 Euro Selbstbeteiligung zahlen. Geld, das die frühere Vermittlungstechnikerin, die von einer geringen Erwerbsunfähigkeitsrente lebt, nicht mal eben so zahlen kann.

Frau Dühring schilderte mir im Gespräch, dass es bei einem Polizeieinsatz passierte: Bei der Verfolgung eines algerischen Asylbewerbers wegen Diebstahls schubste der Verdächtige einen Polizisten so brutal, dass an Frau Dührings Auto ein Schaden von 2.200 Euro entstand. Noch abenteuerlicher erscheint aber, wer nun die Kosten tragen soll: Denn die Polizei haftet nicht – das macht sie nur bei Unfallfolgen, die bei einer Gefahrenabwehr entstehen, nicht aber bei Strafverfolgung. So die Rechtslage!

Zurückholen müsste sich Frau Dühring das Geld beim Asylbewerber, von dem die sie nicht mal weiß, ob

Ute Dühring, die drei Kinder großgezogen hat, fühlt sich vom Staat alleingelassen, wie „ein Mensch dritter oder vierter Klasse“. Wir als AfD-Fraktion haben im Innenausschuss den SPD-Innenminister zum Fall ausführlich befragt, doch man versteckt sich hinter den rechtlichen Bestimmungen. Aber müsste man diese nicht endlich an die Entwicklungen der vergangenen Jahre anpassen? Daher wird die AfD-Fraktion eine parlamentarische Initiative einbringen. Es darf schließlich nicht sein, dass der – im wahrsten Sinne des Wortes – geschubste Rechtsstaat ins Taumeln gerät und die unschuldigen Bürger danach die Scherben aufsameln müssen.





Bürokratieabbau in der Landwirtschaft

Jens Schulze-Wiehenbrauk - Agrarpolitischer Sprecher

In der jüngsten Zeit haben Bauern aus verschiedenen Regionen des Landes die Straßen gefüllt, um gegen die Zerstörung der Landwirtschaft zu protestieren. Diese Demonstrationen haben eine dringende Notwendigkeit aufgedeckt: Die Entbürokratisierung des landwirtschaftlichen Sektors. Die Bauern, Rückgrat unserer Lebensmittelproduktion, stehen zunehmend unter dem Druck unnötiger bürokratischer Hürden. Von der Anmeldung von Subventionen bis hin zu Genehmigungen für landwirtschaftliche Projekte ersticken sie unter einem Berg von Formularen und Vorschriften. Diese überbordende Bürokratie belastet nicht nur ihre Finanzen, sondern auch ihre Zeit und Energie, die sie besser in die Produktion von Nahrungsmitteln investieren könnten.

Wir sind nicht gegen Vorschriften, die die Umwelt schützen und die Qualität unserer Produkte gewährleisten, aber die gegenwärtige Bürokratie erstickt die Landwirte regelrecht. Es müssen ständig neue Formulare ausgefüllt werden, um Subventionen zu erhalten, während die Landwirte gleichzeitig mit den Herausforderungen der Wetterbedingungen und des Marktes kämpfen.

Die Bürokratie führt zu einer unverhältnismäßigen Belastung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe, die oft nicht über die Ressourcen verfügen, um eine Armee von Bürokraten zu beschäftigen oder teure Berater einzustellen.

Ein Schritt in Richtung Entbürokratisierung könnte sein, die Antragsverfahren zu vereinfachen und zu digitalisieren, um den Verwaltungsaufwand für die Landwirte zu reduzieren. Darüber hinaus sollten Regierungen und Behörden prüfen, ob bestimmte Vorschriften und Auflagen tatsächlich notwendig sind oder ob sie die Produktion nur unnötig behindern.

Die aktuellen Demonstrationen der Bauern sind ein Weckruf für die Politik, die dringend handeln muss, um die Lebensgrundlage unserer Landwirte zu schützen und die Landwirtschaft von einer übermäßigen Bürokratie zu befreien. Es ist an der Zeit, dass die Interessen der Bauern ernst genommen und ihre Forderungen nach einer Entbürokratisierung der Landwirtschaft gehört werden.



Kampf um unser Erbe

Warum der Verlust einer ganzen Kulturlandschaft droht

Thore Stein - Kulturpolitischer Sprecher

Unsere Heimat Mecklenburg-Vorpommern, gelegen zwischen den großen Strömen der Elbe und der Oder und den endlosen Sandstränden der Ostsee beherbergt einen Schatz. Eine über rund 1000 Jahren gewachsene Kulturlandschaft, die an so vielen Orten noch urtümlich und wild erscheint und doch die Handschrift trägt vom Schaffen unzähliger Generationen, die diesem Land sein Antlitz gaben. Es waren unsere Vorfahren, die dieses Land zu einem lebenswerten Ort machten, die die endlosen Alleen pflanzten, kunstvolle Bauwerke errichteten und malerische Landstädte sowie majestätische Residenzen erschufen. Über Jahrhunderte war dieses Land geprägt durch seine großen Landwirtschaftsgüter, deren unzählige Guts- und Herrenhäuser als Zeugen dieser Blütezeit das Landschaftsbild bis heute prägen.

Stolze Hansestädte zeugen vom Reichtum, den der Handel der Ostseeküste brachte und stehen bis heute für deutschen Kaufmannsinn, der die Ostsee bis in den letzten Winkel prägte.

Doch dieses Kleinod ist mehr denn je gefähr-

det. Der wohl größte Eingriff in die Kulturlandschaft seit den großen Meliorationsprojekten der DDR steht in den Startlöchern. Bis zum Jahr 2032 sollen in Mecklenburg-Vorpommern 2,1 % der Landesfläche als Eignungsgebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Diese nüchtern betrachtet kleine Zahl bedeutet eine Vervielfachung der Windkraftanlagen im Land und wird das Landschaftsbild in einer Art und Weise verändern, die kaum vorstellbar ist. Es wird in Mecklenburg-Vorpommern kaum noch ein Stück Erde geben, von dem man kein Windrad am Horizont sehen wird. Hinzu kommt der großräumige Ausbau der Stromnetze, denn der vor Ort produzierte Strom, sofern der Wind weht, muss abtransportiert werden.

Dies wird, neben den tiefgreifenden Eingriffen in den Naturhaushalt, immense Auswirkungen auf den Tourismus und die Lebensqualität im Land haben.

Gegen diese vorsätzliche Zerstörung unserer Kulturlandschaft gilt es das Wort zu erheben, denn wir haben nur eine Heimat, und diese gilt es zu bewahren!



Kommunalverfassung: Heimat gestalten und schützen

Jens-Holger Schneider - Kommunalpolitischer Sprecher

Kurz vor der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 wird die Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern überarbeitet. Die Kommunalverfassung ist ein für die kommunale Selbstverwaltung grundlegendes Gesetz. Hier sind die Mitwirkungsrechte der Einwohner und der von ihnen gewählten Gemeindevertreter und Kreistagsmitglieder gegenüber Bürgermeister und Landrat geregelt.

Der Schutz und die Erweiterung dieser Mitwirkungsrechte liegen der AfD-Fraktion besonders am Herzen. Die Bürger sollen die Städte und Dörfer, in denen sie leben, gestalten können. Das ist die Voraussetzung für Lebensqualität und Heimatverbundenheit. Mitwirkungsrechte braucht es aber nicht nur zum Gestalten, sondern auch zum Beschützen.

Ob Zerstörung der Landschaft mit Windrädern, Errichtung eines hässlichen, umweltgefährdenden und überflüssigen LNG-Terminals vor Rügen oder massenhafte Zuweisung von angeblichen Flüchtlingen aus fremden Kulturkreisen noch in die kleinsten

Dörfer: hier wird massiv von oben in die Heimat eingegriffen. Dagegen regt sich wachsender Widerstand der Bürger und ihrer Gemeindevertreter.

Wir wollen den Bürgern Gestaltung und Schutz ihrer Heimat erleichtern. Deshalb setzen wir uns für Vereinfachungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein. Die Zuweisung von Ausländern machen wir von der Integrationsfähigkeit der örtlichen Gemeinschaft abhängig. Wenn diese erschöpft oder gefährdet ist, darf es keine weiteren Zuweisungen mehr geben.

Im Mittelpunkt der kommunalen Selbstverwaltung stehen die Bürger. Nur sie oder die von ihnen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählten Gemeindevertreter sollen das letzte Wort haben. Die Übertragung von Mitwirkungsrechten auf Beiräte oder andere Gremien mit zweifelhafter demokratischer Legitimation lehnen wir ab.

Neue Konzepte für den Tourismus entwickeln

Paul Timm - Tourismuspolitischer Sprecher

Der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern steht an einem Wendepunkt. Während das Bundesland von seinen natürlichen Schönheiten und seiner kulturellen Vielfalt lebt, zeigen sich zunehmend Risse im Fundament seiner touristischen Infrastruktur. Verfehlungen der Landesregierung in der Vergangenheit, insbesondere in den Bereichen Verkehrsanbindung, Fachkräftemangel und nachhaltige Entwicklung, fordern ihren Tribut.

Ein zentrales Versäumnis ist die unzureichende Verkehrsinfrastruktur, die besonders in der Hochsaison zu langen Staus und Unmut bei Einheimischen wie Touristen führt. Die Bahn-anbindung wird als „anachronistisch“ beschrieben, eine Modernisierung bleibt aus. Der Fachkräftemangel in der Tourismusbranche, verschärft durch niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen, stellt ein weiteres gravierendes Problem dar, das durch die Regierungspolitik nicht ausreichend adressiert wird.

Hinzu kommt die Vernachlässigung des nachhaltigen Tourismus. Projekte, die eine Balance zwischen Tourismuswachstum und Umweltschutz herstellen könnten, werden nur halbherzig verfolgt. Stattdessen dominieren Großprojekte, die ohne Rücksicht auf ökologische oder soziale Belange vorangetrieben werden, was zu einem Gefühl des „Overtourism“ in einigen Regionen führt.

Unsere Gegenkonzepte setzen genau hier an: Sie fordern eine Entbürokratisierung und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in die touristische Infrastruktur, um nicht nur die Anreise zu erleichtern, sondern auch die Attraktivität der Region zu steigern. Eine Modernisierung der Verkehrswege, insbesondere der Schienenanbindung, wird ebenso betont wie die Notwendigkeit, in nachhaltige Mobilitätslösungen zu investieren.

Weiterhin steht die Aufwertung des Fachkräftepotenzials im Fokus. Durch faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gezielte Ausbildungsprogramme soll der Sektor attraktiver für Arbeitskräfte gemacht werden. Gleichzeitig wird eine stärkere Förderung des nachhaltigen Tourismus gefordert, um die natürlichen Ressourcen des Landes zu schützen und gleichzeitig ein qualitativ hochwertiges Tourismuserlebnis zu bieten.

Das Ziel unserer marktwirtschaftlichen Konzepte ist es, MV als einen Ort zu positionieren, der sowohl für Touristen als auch für Einheimische lebenswert ist. Durch eine Kombination aus Investitionen in Infrastruktur, Fachkräfteförderung und Nachhaltigkeit soll ein ausgewogener Tourismussektor geschaffen werden, der ökonomische, soziale und ökologische Interessen gleichermaßen berücksichtigt. Die Zeit für halbherzige Maßnahmen ist vorbei – MV steht vor der Aufgabe, seinen Tourismussektor grundlegend zu reformieren, um seine Zukunft zu sichern.





Rot-Rote Landesregierung hält die klassische Familie und Rolle der Eltern für „Mief der 50er Jahre“

Petra Federau - Familienpolitische Sprecherin

Wenn ausgerechnet die SPD-Sozialministerin Stephanie Drese abschätzig über die Rolle von Eltern und der klassischen Familie als „Mief der 50er Jahre“ spricht, dann weiß auch der Letzte, warum seit Jahren die Familienpolitik zu einer Familien-Verhinderungs-Politik verkommen ist.

Der Aussage der Ministerin war ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur „Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze“ vorausgegangen.

Dieser Gesetzentwurf lässt die Eltern und Familie bewusst außen vor, um letzten Endes den staatlichen Zugriff auf die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen abzusichern und vor allem immer neue Stellen aus Steuermitteln zu schaffen. Kinder sollen laut Aussage von Frau Klingohr (ebenfalls SPD) ‚geschult‘ und ‚kultiviert‘ werden, um sich politisch zu beteiligen.

Dabei sind es die Eltern, die nicht nur die gesetzlichen Vertreter ihrer Kinder sind, sondern in den allermeisten Fällen sind sie naturgemäß auch die Behüter, Unterstützer und Interessenvertreter der Kinder. Aber eben diese Eltern klammert die Rot-Rote Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf vollkommen aus. Grund dafür ist, dass man immer mehr politisch genehme sog. Berufsjugendliche mit Steuermitteln finanzieren möchte.

Deshalb brachte die AfD-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Kinder- und Jugendbeteiligung ein, welcher zum einen die Überprüfung der bereits existierenden Angebote vorsieht und zum anderen die Eltern mit einbezieht. Wir sehen deren Einbindung als

Unterstützer und Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen als enorm wichtig an und finden es unangebracht, dass die Rolle der Eltern derart herabgewürdigt wird. Leider zeigt es aber wieder einmal, welches Wunschbild einer Gesellschaft die aktuelle Regierung hat, klassische Familien sind für sie out.

Die Kindheit ist ein einzigartiger Zeitabschnitt, der sich nicht wiederholen lässt. Kinder wollen und sollen frei und unbeschwert aufwachsen können. Sie sind keine kleinen Erwachsenen, sondern eben Kinder. Kinder sollten möglichst Spaß in ihrer Freizeit haben und keine unnatürlichen Zwänge auferlegt bekommen, sich schon politisch beteiligen zu müssen. Dass sie im Leben Verantwortung übernehmen müssen, kommt früh genug.

Und wer glaubt, Kindern und Jugendlichen aufbürden zu müssen, sich schon frühstmöglich beispielsweise für die „Rettung des Weltklimas“ stark machen zu müssen, der spielt nicht nur mit Angst der Kinder, sondern stiehlt ihnen die Möglichkeit auf eine unbeschwertere Kindheit.

Von 2012 auf 2022 stieg der Anteil der 6- bis 18-jährigen Versicherten mit Angststörungen um 53 Prozent, mit Depressionen um fast 88 Prozent und mit Essstörungen um rund 35 Prozent. Und Politik ist ein Betätigungsfeld, welches das Gegenteil von unbeschwert und kindgerecht ist.

Wir als AfD sehen die Familie als Ganzes. Sie zu stärken, zu schützen und zu unterstützen, ist die Pflicht eines Staates und unsere Herzensangelegenheit.



Krisen- und Kriegsfähigkeiten

Eine krasse Verfehlung Lauterbachs, die Gesundheitsversorgung zu reformieren!

Thomas de Jesus Fernandes- Gesundheitspolitischer Sprecher

Die jüngsten Pläne des Bundesgesundheitsministers, das Gesundheitssystem für militärische Konflikte auszurüsten, haben bei vielen Bürgern für Unverständnis und Besorgnis gesorgt. In einer Zeit, in der unsere Krankenhäuser mit finanziellen Nöten, Personalmangel und infrastrukturellen Defiziten zu kämpfen haben, erscheint die Fokussierung auf eine hypothetische Kriegsbereitschaft surreal. Jetzt auch noch „Krankenschwestern für den Krieg“ – Lauterbach macht fassungslos. Als gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion sehe ich hier eine dramatische Fehlpriorisierung, die von den drängenden Problemen im Gesundheitssystem nur ablenkt.

Die Vernachlässigung der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern

Von den 37 Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich sechs in kommunaler Trägerschaft, doch die Patientenversorgung ist nahezu in allen Kliniken bedroht. Der Kommunalverband kritisiert die sprunghafte Politik, die fehlende Schwerpunktsetzung und die Verzögerung wichtiger Reformen.

Ein besonderes Anliegen der AfD-Fraktion ist daher die prekäre Situation der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz der offensichtlichen Notwendigkeit einer finanziellen Aufwertung durch eine Anhebung der Landesbasisfallwerte bleibt konkretes Handeln seitens der Bundes- und Landesregierung aus. Diese Unterlassung gefährdet nicht nur die Qualität der medizinischen Versorgung, sondern auch die wirtschaftliche Existenz zahlreicher

Einrichtungen. Die AfD-Fraktion setzt sich für den flächendeckenden Erhalt aller unserer Klinikstandorte, speziell auch im ländlichen Raum ein.

Reformen im Bereich der hausärztlichen Versorgung – Ein Spaltungsversuch

Die Reformvorschläge Lauterbachs im Bereich der hausärztlichen Versorgung stoßen ebenfalls auf deutliche Kritik. Die geplante Aufhebung der Honorarobergrenzen und die Einführung digitaler Lösungen könnten die Spaltung der Ärzteschaft weiter vorantreiben und zu einer Verschlechterung der fachärztlichen Versorgung führen. Die AfD-Fraktion warnt vor den langfristigen Auswirkungen dieser Reformen auf die Verfügbarkeit und Qualität der medizinischen Betreuung. Wir fordern eine Rückbesinnung auf die Bedürfnisse der Patienten und die freie Arztwahl.

Es ist Zeit für eine Politik, die sich an den realen Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht durch kurzfristige politische Kalküle oder Ignoranz gegenüber den dringenden Anforderungen unseres Gesundheitssystems gekennzeichnet ist. Die AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern fordert daher eine sofortige Kehrtwende in der Gesundheitspolitik, um das Vertrauen in unsere politischen Prozesse und Institutionen wiederherzustellen und eine sichere, zugängliche und hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu gewährleisten.

Vision Remigration

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

Der Begriff Remigration gehört schon lange zur Kernforderung der AfD – zu unserem Markenkern sozusagen. Schon seit Jahren arbeiten wir mit diesem Begriff und es ist uns dennoch nicht gelungen, dieses Konzept einer so breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wie linke Akteure in den letzten Wochen. Nun ist der Begriff Remigration in den Köpfen der Menschen, nun wird in einer breiten Öffentlichkeit unser Konzept diskutiert. Mit dem sogenannten „Unwort“ des Jahres, haben linke Sprachwissenschaftler nur weiter die Debatte befeuert.

Was ist eigentlich Remigration? Zusammenfassend geht es um eine Umkehr der Migrationsströme und mehreren Maßnahmenpakete, um dies zu erreichen. Auf der einen Seite die Abschiebung ausreisepflichtiger Migranten und Ausweisung krimineller Ausländer und die Diskussion um die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei doppelter Staatsbürgerschaft und schwersten Verbrechen.

Erinnern Sie sich? Die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft? Eine konsensuelle Forderung fast aller Parteien nach dem Angriff palästinensischer Extremisten auf Israel und den unsäglichen Demonstrationen in ganz Deutschland.

Ein paar Schlagzeilen dazu:

Berliner CDU unterstützt Forderung nach Passentzug für organisierte Kriminelle

Kein „Doppelpass“ für Straftäter: Hermann fordert Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft.

Union will Radikalen den Pass wegnehmen – Rechtsexperten erklären, ob das geht.

Auf der anderen Seite bedeutet Remigration weiterhin Hilfe vor Ort und ein Ende der lebensgefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer und anderer Fluchtrouten. Die Remigration ist das humanere Konzept. Anders als ihre haltlosen Illusionen, Deutschland könne eine unbegrenzte Anzahl an Migranten aufnehmen – eine Illusion, welche Wirtschaftsflüchtlinge erst zur gefährlichen Flucht verleitet, in ein Land, in welchem sie keine dauerhafte Perspektive haben können.

Die Migrationspolitik ist aus dem Ruder gelaufen – und die etablierten Parteien wissen das eigentlich ganz gut selbst.

„Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.“ Bundeskanzler Olaf Scholz im Spiegel Interview vom 20.10.2023.

„Aus dem Flüchtlingsstatus kann nicht automatisch ein dauerhafter Aufenthaltsstatus werden. Die Menschen müssen in die alte Heimat zurückkehren, sobald die Lage es dort zulässt.“ Christian Lindner in der Bild am 06.09.2017.

Wir setzen uns daher weiterhin unbeirrt für eine Umkehr in der Migrationspolitik ein!



Hände weg von der Krim

Horst Förster- Rechtspolitischer Sprecher

Ein Knackpunkt des Ukrainekriegs ist die Krim. Sie gehörte seit 1783 zu Russland und wurde unter Chruschtschow der Ukrainischen Sowjetrepublik angegliedert. Im russischen Bewusstsein ist die Krim ein integraler Ort russischer Kultur.

Die Annexion 2014 war zweifellos ein völkerrechtswidriger Akt, der aber von der überwiegend russischen Bevölkerung begrüßt wurde. Für Russland war es die Rückkehr der Krim ins Mutterland. Wer meint, hier die Ukraine in ihren Rückeroberungsphantasien unterstützen zu müssen, sollte sich darüber im Klaren sein, dass es bei der Krim

für die Russen ans Eingemachte geht. Niemand kann so naiv sein zu glauben, dass Russland die Krim aufgibt und damit als Atommacht gedemütigt von der Weltbühne abtritt, ohne vorher bis ans Äußerste zu gehen.

Wie nah wir uns diesem Risiko bereits entgegengeskaliert haben, belegt eindrucksvoll das abgehörte Gespräch deutscher Generäle darüber, wie man mit Taurus-Marschflugkörpern die Krim-Brücke zerstören kann. Wenn es mit Hilfe deutscher Waffen auf der Krim eng wird für Russland, dann ist eine der letzten roten Linien überschritten und dann kann es auch für Deutschland ganz eng werden.



Marode Infrastruktur

Stephan Reuken- Verkehrspolitischer Sprecher

Wenn man durch Mecklenburg-Vorpommern fährt, könnte man meinen, unser schönes Bundesland sei eine einzige große Freiluftausstellung zum Thema „Historische Bauwerke“ – allerdings unbeabsichtigt. Denn statt in Museen finden wir einige der „Exponate“ auf unseren Landesstraßen.

Nehmen wir zum Beispiel die Unterführung des Flüsschens Göwe unter der Landesstraße 1009 bei Weberin. Ein Bauwerk aus dem Jahr 1859, dessen letzte Sanierung in den Annalen der Geschichte verloren gegangen ist. Wer darüberfährt, erlebt Geschichte hautnah.

Die Situation ist so prekär, dass selbst die Prüflingenieure, denen üblicherweise ein kühler Kopf nachgesagt wird, dieser Unterführung nur ein „mangelhaft“ ausstellen konnten. Ein Zustand, der zu Sanierungskosten von geschätzten 2,1 Millionen Euro führt. Weitere 17 Brücken im Land teilen sich das Schicksal der „Göwe-Unterführung“.

Besonders „hervorgetan“ hat sich dabei die Wismarer Hochbrücke, die mit einer Bewertung von 3,5 den traurigen Spitzenplatz der marodesten Brücke einnimmt.

Ein Bauwerk, das so dringend einer Kur bedarf, dass selbst schwere LKW schon seit Jahren einen großen Bogen darum machen müssen.

Doch damit nicht genug der historischen Baukunst, die Stau- und Wehranlagen zur Regulierung der Wasserstände in der Landschaft sind ebenfalls Zeugen vergangener Tage. Mehr als die Hälfte dieser Anlagen befindet sich in einem Zustand, der von „nicht ausreichend“ bis „ungenügend“ reicht, mit einem Sanierungsbedarf von schwindelerregenden 252 Millionen Euro.

Der Investitionsstau im Straßen- und Schienenverkehr ist nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern hemmt auch die wirtschaftliche Entwicklung unseres schönen Landes.

Die Lösung? Ein wahrhaft königlicher Aufwackkuss in Form massiver Investitionen und einer effizienten Nutzung der vorhandenen Mittel. Denn nur so können wir sicherstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht nur wegen seiner malerischen Landschaften, sondern auch wegen einer zukunftsfähigen Infrastruktur bekannt wird.



FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de



NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 - 7773690
www.nikolauskramer.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 - 2856416
www.enrico-schult.net

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@hoerst-foerster.de
0395 - 36968500
www.hoerst-foerster.de

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin
kontakt@martinschmidt.net
01575 - 6421807
www.martinschmidt.net

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251722

THORE STEIN

Lange Straße 20, 19370 Parchim
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
03871 - 2639175
www.thore-stein.de

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

JENS SCHULZE- WIEHENBRAUK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
03835 - 5251723

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0176 - 43853351
www.paultimm-afd.de

Am Markt 21
18528 Bergen auf Rügen

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 - 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,
19055 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385 - 58931527
www.petra-federau.com

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 - 2452765

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
01575 180 57 02
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de